

Klartext

CDU
FRAKTION IM RAT DER STADT DORTMUND

Einblicke ins Rathaus – Auszüge aus der Arbeit der CDU-Ratsfraktion AUSGABE 1/2025



Nächste Sitzungen
des Rates:

Do, 03.07.2025, 15 Uhr

Do, 09.10.2025, 15 Uhr

Im Livestream über
www.dortmund.de

Foto: CDU-Ratsfraktion

Schauspielhaus Dortmund: Neubau für weit mehr als 100 Mio. Euro ist angesichts prekärer Haushaltslage unverantwortlich

» weiterlesen, S. 4

Beitragserlass bei Betreuungsausfällen in Kitas? – Wir wollen eine Lösung.

» weiterlesen, S. 5

Weiterbau des Radschnellwegs Ruhr: Ja zum RS1 in der Sonnenstraße. Aber Verwaltung soll Lösungen suchen für wegfallende Parkplätze.

» weiterlesen, S. 5

Ein kleiner Rückblick auf die Arbeit der Fraktion in dieser Wahlperiode

» weiterlesen, S. 6

CDU-Fraktion begrüßt die Neugründung eines Gymnasiums in Dortmund

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund begrüßt ausdrücklich die vom Rat beauftragte Errichtung zumindest eines neuen Gymnasiums im östlichen Stadtgebiet.

„Schon länger fordern wir den Neubau von Gymnasien zur Vermeidung von zu großen Schulen und zu vollen Klassen. Mit der im Rat getroffenen Entscheidung für den Neubau eines Gymnasiums wird endlich der Entwicklung der Schülerzahlen Rechnung getragen. Wir beobachten schon lange einen wachsenden Bedarf an Schulplätzen im Gymnasialbereich. Die Potenziale zur Erweiterung

bestehender Schulen auf fünf oder sechs Klassen in einer Jahrgangsstufe sind ausgereizt. Zumal die Dortmunder Schulplanner von weiter steigenden Schülerzahlen ausgehen“,



prognostiziert. Statt den Fokus vor allem auf

erklärt die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion **Dr. Eva-Maria Goll** und erläutert: „Für die Gymnasien wird in den nächsten zehn Jahren ein Plus von 3.000 Schülerinnen und Schülern

den Ausbau von Gesamtschulen zu legen, ist es höchste Zeit, bei den Gymnasien nachzulegen und zumindest ein neues Gymnasium zu errichten. Besonders im östlichen Stadtgebiet sind die Kapazitäten der bestehenden Gymnasien nahezu erschöpft.“

Die von der CDU-Fraktion unterstützte Schaffung zusätzlicher Gymnasialkapazitäten ist ein unerlässlicher Schritt, um nicht nur den Elternwünschen gerecht zu werden, sondern auch langfristig die Bildungsqualität in Dortmund zu sichern.



Foto: CDU-Ratsfraktion

DO kann mehr!



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

in der letzten Sitzung des Finanzausschusses am 15. Mai 2025 lag uns der erste Managementbericht für das laufende Haushaltsjahr vor. Die Stadtkämmerei berichtet darin, wie es mit dem städtischen Haushalt gerade so läuft. Aktuell stellt sich die Haushaltslage so dar, dass die Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen im laufenden Jahr noch größer ausfallen könnte als zum Zeitpunkt der Haushaltsverabschiedung angenommen. Nach derzeitiger Prognose der Kämmerei könnte sich das ohnehin schon gigantische, eingeplante Haushaltsdefizit von rd. 335 Mio. Euro noch einmal um rd. 51 Mio. Euro verschlechtern. Was heißt dies? Angesichts einer mit rd. 476 Mio. Euro in diesem Jahr noch gut gefüllten Ausgleichsrücklage, werden die Lichter in unserer Stadt nicht ausgehen. Allen Verantwortlichen in Verwaltung und Politik muss aber spätestens jetzt klar sein, dass es mehr denn je darauf ankommt, die richtigen Prioritäten zu setzen. Der Investitionsbedarf für Schulen, Kitas, Straßen, für das Klinikum, für die Sport- und Kultur in unserer Stadt ist immens und übersteigt bei Weitem die in den nächsten Jahren zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Nicht alles, was wir uns wünschen, ist finanzierbar. Können wir es verantworten, von einem neuen Schauspielhaus zu träumen, während Schulen so sanierungsbedürftig sind, dass in ihnen der Unterricht gefährdet ist? Die CDU hat dazu eine klare Haltung. Wir können die uns zur Verfügung stehenden Mittel nur einmal ausgeben. Wir müssen daher klare Prioritäten für das Notwendige setzen. Den Kernbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge gilt daher unser Augenmerk. Dies gilt auch für die erhofften Mittel aus dem geplanten Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes, das noch gar nicht eingerichtet ist, andere Fraktionen aber trotzdem schon ganz begierig sind, die noch gar nicht existierenden Mittel zu verausgaben.

Mit der Ihnen vorliegenden Ausgabe unseres „Klartextes“ möchten wir Ihnen auch dieses Mal auszugswise aktuelle Themen, die Gegenstand unserer Fraktionsarbeit waren und sind, vorstellen und Ihnen unseren Standpunkt zu ausgewählten Themen näher erläutern.

Allmählich nähern wir uns dem Ende der laufenden Wahlperiode. Deshalb möchten wir Sie mit dieser Klartext-Ausgabe darüber hinaus zu einem kleinen Rückblick auf unsere Fraktionsarbeit einladen. „Dortmund. Zukunft. Gestalten.“ Dies war der selbst gesetzte Anspruch an unsere politische Arbeit als Fraktion im Rat der Stadt Dortmund, mit dem wir vor gut fünf Jahren in die nun bald zu Ende gehende Wahlperiode gestartet sind. Seitdem haben wir mit unserer Fraktionsarbeit viele Zukunftsthemen unserer Stadt bewegt, wozu wir in dieser Ausgabe berichten möchten.

Der Ihnen vorliegende „Klartext“ lässt nur Raum für einen kleinen Ausschnitt unserer Fraktionsarbeit. Über unsere Social-Media-Kanäle berichten wir fortlaufend zu aktuellen Inhalten unserer Arbeit. Sie sind herzlich eingeladen, uns in den Sozialen Medien zu folgen. Dann sind Sie immer „nah dran“ am kommunalpolitischen Geschehen.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen Dr. Jendrik Suck

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

Drogenszene in der Dortmunder City: SPD und Grüne sind von drogenpolitischem Irrweg nicht abzubringen. SPD vollendet Kehrtwende und hält am Drogenkonsumraum im Grafenhof fest.



iStock.com/Adventure_Photo

Während die CDU die Drogenszene im Herzen der Dortmunder Innenstadt auflösen möchte, richten SPD und Grüne ihre Politik zuvorderst an den Bedürfnissen und Interessen der drogenkranken Menschen aus und haben dafür im Rat eine breite Mehrheit. SPD und Grüne halten trotz aller von uns vorgetragenen Gegenargumente an ihrem drogenpolitischen Irrweg fest, der zu einer Verschlimmerung der Drogenproblematik in der Dortmunder City führen wird. Gegen unsere Stimmen hat sich der Rat dem rot-grünen Holzweg angeschlossen und die Verwaltung beauftragt,

- vorzugsweise am Grafenhof in unmittelbarer Nachbarschaft zur Thier-Galerie und Westenhellweg weiterhin einen Drogenkonsumraum zu betreiben.
- die Küberstraße trotz ihrer prekären Lage weiterhin als Standort für einen weiteren Drogenkonsumraum/Drogenkonsumort zu betrachten.
- zusätzliche mobile Konsumangebote in der City bzw. citynah einzurichten sowie
- durch die Ausweisung von Toleranzflächen mit Aufenthaltsqualität geschützte öffentliche Räume für die Drogenszene anzubieten.

„SPD und Grüne schaffen mit ihrem Vorgehen auf Kosten der Dortmunder Innenstadt ein ‚Paradies für die Drogenszene‘. Statt die Standortbedingungen für Drogenhandel und Drogenkonsum auf Spitzenniveau anzuheben, sollten sich SPD und Grüne lieber Sorgen um gute Standortbedingungen für Wirtschaft und Arbeit in unserer Stadt machen“, kritisiert **Dr. Jendrik Suck**, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat



Stadt Dortmund, das Vorgehen von SPD und Grünen und erklärt: „Mit der Entscheidung, den Drogenkonsumraum vorzugsweise am Grafenhof dauerhaft zu betreiben, vollzieht die SPD eine 180-Grad-Wende, für die wir kein Verständnis haben. Wir haben uns im Rat, in den vorbereitenden Ausschüssen und interfraktionellen Gesprächen immer wieder dafür eingesetzt, den von der SPD damals mitgetragenen Ratsbeschluss aus Februar 2024, der die Schließung des Grafenhofs vorsieht, umzusetzen. Die Verlegung des Drogenkonsumraums vom Grafenhof an einen anderen Standort ist nach unserer Überzeugung alternativlos, wenn sich die Situation in der Dortmunder City wirklich verbessern soll.“



„Völlig inakzeptabel ist für uns die von SPD und Grünen weiterhin verfolgte Verlegung des Drogenkonsumraums an die Küberstraße. Angesichts der prekären Lage der für einen Drogenkonsumraum vorgeschlagenen stadteigenen Immobilie in der Küberstraße im Bereich von drei Schulen, verschiedenen Kindergärten, dem ÖPNV-Knotenpunkt Stadthaus sowie in Nachbarschaft von Wohnbebauung, Gewerbe und Handel, bleibt es uns unverständlich, warum SPD und Grüne unseren Antrag abgelehnt haben, die Verlagerung des Drogenkonsumraums an diesen Standort ohne Wenn und Aber auszuschließen. Stattdessen halten SPD und Grüne an dem Vorschlag des Oberbürgermeisters fest, die Einrichtung eines Drogenkonsumraums in der Küberstraße weiterhin zu prüfen“, sieht die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, **Dr. Eva-Maria Goll** die rot-grüne Allianz in der Drogenpolitik auf einem Irrweg.

„Während die CDU die Drogenszene im Herzen der Dortmund Innenstadt auflösen

möchte, tun SPD und Grüne mit ihrem Vorgehen alles dafür, dass sich das Problem der offenen Drogenszene entlang der Achse



Hauptbahnhof, Westenhellweg und Stadtgärten verschärfen und mit einem möglichen Drogenkonsumraum in der Küberstraße vorhersehbar in Richtung östlicher Innenstadt, in Richtung Stadewäldchen ausdehnen wird. Die vom Drogenkonsumraum am Grafenhof bekannten Belästigungen von Gewerbetreibenden und Anwohnern werden sich dann im Bereich der Straßenzüge Olpe/Kleppingstraße/Löwenstraße und Elisabethstraße/Gutenbergstraße fortsetzen“, befürchtet der ordnungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Uwe Wallrabe**.

Während die CDU eine Strategie verfolgt, deren Ziele es sind,

1. die Drogenszene von der Straße in dezentrale Hilfeinrichtungen zu lenken, die den Bedürfnissen der Drogenkranken gerecht werden und

2. den Drogenhandel und die von der Drogenszene ausgehenden Störungen und Belästigungen der Allgemeinheit mit einer konsequent von Polizei und Kommunalen Ordnungsdienst durchzusetzenden Null-Toleranz-Strategie zu bekämpfen,

richten SPD und Grüne ihre Politik ausschließlich an den Bedürfnissen der drogenkranken Menschen aus. „Der CDU hingegen ist es wichtig, dass bei der Diskussion nicht die Interessen der Drogenabhängigen im Mittelpunkt stehen, sondern die der Menschen und Besucher in dieser Stadt. Die Sicherheit und Lebensqualität der Stadtbewohner sowie der in der Innenstadt ansässigen Unternehmen müssen an erster Stelle stehen“, betont **Uwe Wallrabe**.

Parkplätze statt Parksuchverkehre: CDU bringt Quartiersgaragen voran



Foto: iStock.com/alacatr

Unsere Initiative für die gezielte Entwicklung von Quartiersgaragen in Stadtteilen mit hohem Parkdruck hat im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen (AKUSW) am 7. Mai 2025 eine breite Mehrheit gefunden. Die Stadtverwaltung wurde beauftragt, zunächst vier konkrete Flächen in den Stadtbezirken Homborn und Scharnhorst auf ihre Eignung für den Bau solcher Garagen zu prüfen. Ziel ist es, den Parkdruck in dicht besiedelten

Wohnquartieren zu verringern und gleichzeitig städtebauliche Verbesserungen im öffentlichen Raum zu ermöglichen. Zudem sollen auch weitere geeignete Standorte im Innenstadtbereich identifiziert und verschiedene Modelle zur Realisierung – unter Einbeziehung auch privater Investoren – geprüft werden. Eine Übersicht besonders belasteter Quartiere wird unter Mitwirkung der zwölf Bezirksvertretungen erarbeitet.

„Quartiersgaragen bieten uns die Möglichkeit, den Parkdruck nachhaltig zu reduzieren und zugleich neue Freiräume für ein attraktives, lebenswertes Wohnumfeld zu schaffen“, erklärt **Uwe Waßmann**, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion und planungspolitischer Sprecher. Um den weiteren Prozess aktiv zu begleiten, wird eine politische Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Verwaltung bei der Entwicklung und Bewertung der Standorte unterstützt.

Klare Haltung der CDU: Keine Verpackungssteuer in Dortmund. Grünen-Forderung ist Gift für die Gastronomie. Praxistaugliche Lösungen sind gefragt.



Foto: iStock.com/ArthurHidden

Die Anfang des Jahres veröffentlichte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Rechtmäßigkeit der Tübinger Verpackungssteuer auf den Verkauf von Einwegverpackungen für Essen und Getränke, die zum sofortigen Verzehr bestimmt sind, hat landauf, landab eine kontroverse Diskussion ausgelöst. Diese erreichte auch den Finanzausschuss des Rates der Stadt Dortmund. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen forderte die Einführung einer örtlichen Verpackungssteuer in Dortmund. Wir lehnen die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer entschieden ab.

Dazu der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Udo Reppin**:

„Jede Steuererhöhung, jede Erhöhung der Abgabenlast ist in der aktuellen Situation Gift für die Gastronomie und den Gastronomiestandort Dortmund. Die Lage vieler Gastronomiebetriebe ist angesichts gesteigerter Lebensmittel-, Personal- und Energiekosten und



schlechter Konsumlaune ohnehin schon sehr angespannt. Nicht wenige Betriebe kämpfen um ihr wirtschaftliches Überleben. In einer solchen Situation die Gastronomie mit einer neuen kommunalen Steuer zu belasten, ist wirtschaftspolitisch unverantwortlich. Wir wollen keine Wettbewerbsnachteile für unsere Gastronomie. Im Ruhrgebiet sind die Wege in Nachbarstädte und das benachbarte Umland nicht weit. Die Gastronomiebetriebe in Dortmund hätten im Falle einer örtlichen Verpackungssteuer einen Wettbewerbsnachteil im Vergleich zur Gastronomie im benachbarten Umland, wo keine zusätzliche Abgabe erhoben wird. Denn, das ist klar, die Verpackungssteuer müsste auf die Preise aufgeschlagen und an die Kunden weitergereicht werden. Schlussendlich ist die Verpackungssteuer nicht praxistauglich. Der Aufwand für Erhebung und Vollzug ist viel zu hoch. Die Wahrung von Steuergerechtigkeit fraglich.

Wir brauchen attraktive, praxistaugliche Lösungen zur Vermeidung von Verpackungsmüll, die Kunden und Unternehmen gleichermaßen überzeugen und akzeptiert werden. Gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen haben wir bereits in 2021 die Einführung eines Dortmunder Mehrwegbechers-To-Go gefordert und damit das städtische Förderprogramm für lokale Unternehmen zur beschleunigten Einführung eines Mehrweggeschirrsystems angestoßen. Wir warten auf den von der Verwaltung angekündigten Abschlussbericht.“

CDU-Fraktion unterstützt Tiny Village in Aplerbeck



Foto: iStock.com/onurdongel

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund begrüßt die geplante Errichtung eines Tiny Village in Aplerbeck und hat der dafür notwendigen Änderung des Flächennutzungsplans zugestimmt.

„Das Modellprojekt soll auf dem ehemaligen Sportplatz westlich der Emschertal-Grundschule entstehen und mit rund 40 bis 50 Tiny Houses sowie einem Mehrfamilienhaus mit inklusiven Wohnangeboten dringend benötigten Wohnraum schaffen. Mit der Zustimmung zur Änderung des Flächennutzungsplans wird ein entscheidender Meilenstein für das Projekt erreicht. Das Tiny Village steht für nachhaltige Stadtentwicklung und innovative Wohnkonzepte. Wir sehen in dem geplanten Tiny Village ein zukunftsweisendes Modell für modernes, ressourcenschonendes Bauen und Wohnen in Dortmund. Durch die kompakte Bauweise wird nicht nur der Flächenverbrauch reduziert, sondern auch ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet“, erklärt der wohnungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Uwe Waßmann**.

CDU spricht sich für den Neubau des Nordbades aus!

Der bauliche Zustand des 45 Jahre alten Nordbades lässt einen dauerhaften Weiterbetrieb nicht zu. Der Rat der Stadt hatte deshalb zu entscheiden, ob das marode Nordbad kernsaniert oder neu gebaut wird. Die CDU-Fraktion hat sich mit Blick auf die schwer kalkulierbaren Kosten einer Sanierung für die Variante des Neubaus des Nordbades ausgesprochen.

„Der CDU war es wichtig, die modernsten Anforderungen an ein zeitgemäßes Freizeitangebot zu berücksichtigen, was die Entscheidung für eine Neubauvariante begünstigte. Denn eine Sanierung am jetzigen Standort ist mit vielen Risiken verbunden, da nicht klar ist, wie marode die Bausubstanz wirklich ist. Ungewiss ist zudem, welche besonderen baulichen Herausforderungen sich wegen der unter dem Hallenbad verlaufenden U-Bahnstation ‚Leopoldstraße‘ stellen. Die Auswirkungen der

Sanierungsarbeiten auf die unter dem Bad befindlichen U-Bahn-Tunnel sind derzeit noch nicht abzuschätzen. Nach unserer Auffassung stellen sich in Summe bei einer Sanierung des heutigen Nordbades zu viele möglicherweise kostentreibende Unwägbarkeiten, als dass wir guten Gewissens eine Sanierung des Altbaus vertreten könnten. Wir sehen deshalb in einem Neubau des Hallenbades die zukunftsfähige Lösung, die nicht nur den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird, sondern



auch nachhaltige Impulse für den Schwimmsport im gesamten Dortmund Norden setzen kann“, erläutert die sportpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion **Ute Mais** die Entscheidung für einen Neubau des stark sanierungsbedürftigen Nordbades.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Die Verwaltung wurde vom Rat beauftragt, die Planungsleistungen für die Neubaumaßnahme in mehreren Stufen auszuschreiben. Im ersten Schritt ging es um eine vertiefende Untersuchung möglicher Neubaufächen, darunter

Flächen in der Nähe des Naturmuseums, der Sportplatz an der Lindenhorster Straße und der Keuning-Park. Insgesamt neun potenzielle Standorte hat die Verwaltung auf ihre Eignung geprüft. „Das heutige Nordbad erfüllt eine wichtige Funktion für das Schul- und Vereinsschwimmen, vor allem aber auch als Familien- und Freizeitbad. Der neue Standort für das Bad muss dem gerecht werden. Er muss ausreichend Platz für eine dem heutigen Nordbad vergleichbare Wasserfläche bieten. Der neue Standort muss zentral gelegen und für alle gut erreichbar sein.“

Die Verwaltung schlägt der Politik zur Ratssitzung am 3. Juli 2025 eine Sportplatzfläche an der Eberstraße vor. Für diese Fläche müsste kein neues Planrecht geschaffen werden, was einen Zeitgewinn von zwei Jahren bedeuten könnte.

Bettelverbotszonen in der Innenstadt: CDU-Fraktion forderte Maßnahmen gegen aggressive Bettelpraktiken



Bildquelle: iStock.com/EyeEm Mobile GmbH

Die CDU-Fraktion hat sich im Ausschuss für öffentliche Ordnung und Beschwerden für die Einrichtung von Bettelverbotszonen in den besonders hoch frequentierten Bereichen der Innenstadt, wie dem Alten Markt oder den Westenhellweg, eingesetzt. Ziel unserer Initi-

ative war es, mit einem Bettelverbot in einem definierten Radius von fünf Metern um neuralgische Punkte wie Geldautomaten, Haltestellen, Geschäfte und Restaurants wirkungsvoller als bislang gegen belästigendes, aggressives und organisiertes Betteln vorzugehen.

„Leider fand unser Vorstoß für die Einrichtung von Bettelverbotszonen nach dem Vorbild der Städte Aachen oder München keine Mehrheit, obwohl sich in den letzten Jahren die Berichte über aufdringliche und bedrängende Formen der Bettelei in der Dortmunder Innenstadt gehäuft haben. Solche Entwicklungen stören die Aufenthaltsqualität erheblich und wirken sich negativ auf den Handel und die Gastronomie in der City aus“, bedauert **Uwe Wallrabe**, der ordnungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, dass es nicht gelungen ist, die Prüfung von Bettelverbotszonen durchzusetzen.

„Es kann doch nicht sein, dass die Gastronomen am Alten Markt einen Sicherheitsdienst anheuern müssen, um die Bettelei an den Tischen ihrer Außengastronomie einzudämmen und ihre Gäste vor aggressiven Bettelpraktiken zu schützen. Wir wenden uns allein gegen aggressives und organisiertes Betteln, das die Besucher der City bedrängt und belästigt“, wirft **Wallrabe** den anderen Fraktionen vor, sich einer Lösung verweigert zu haben. „Es geht nicht darum, Menschen



in Not das stille Betteln zu untersagen“, stellt **Wallrabe** klar: „Ziel unseres Antrags für Bettelverbotszonen war es, die negativen Auswüchse des Bettelns in stark frequentierten Bereichen wie dem Alten Markt und der innerstädtischen Fußgängerzone einzudämmen.“

Die CDU-Fraktion hatte in ihrem Antrag auf die positiven Erfahrungen anderer Städte verwiesen. So gibt es in Aachen und München bereits Bettelverbotszonen, die erfolgreich dazu beitragen, die Situation in den Innenstädten zu entschärfen. Dort wurden klare Regeln und Verbotszonen eingeführt, um aggressive Bettelpraktiken einzudämmen und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Die Einrichtung der Verbotszonen sollte von einer an das Aachener Modell „Hilf – Aber richtig!“ angelehnten Öffentlichkeits- und Sensibilisierungskampagne flankiert werden.

Schauspielhaus Dortmund: Neubau für weit mehr als 100 Mio. Euro ist angesichts prekärer Haushaltslage unverantwortlich



Foto: CDU-Ratsfraktion

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund lehnt den von Kämmerer und Kulturdezernent Jörg Stüdemann (SPD) vorgelegten Planungsbeschluss zu Abriss und Neubau des Dortmunder Schauspielhauses ab. Für die CDU passt der Neubau des Schauspielhauses angesichts einer sich dramatisch verschlechterten Haushaltssituation nicht mehr in die Zeit: Eine mehr als zwei Jahre alte Machbarkeitsstudie taxierte die Kosten für einen Neubau des Schauspielhauses auf rund 93 Mio. Euro. Diese dürften nach der in der Machbarkeitsstudie prognostizierten Baupreisentwicklung inzwischen bei wenigstens 114 Mio. Euro liegen. Der städtische Haushaltsplan weist für die nächsten Jahre bis 2029 Haushaltsdefizite in einer Summe von fast 700 Mio. Euro aus. Deshalb ist es aus Sicht der CDU unumgänglich, Infrastrukturmaßnahmen nach Priorität in Angriff zu nehmen und diese

sieht die CDU angesichts klammer Kassen aktuell nicht beim Schauspielhaus. Die CDU verweist darauf, dass mit dem Neubau der Jungen Bühne und einem Zentraldepot für die Museen der Kulturbetriebe in der aktuellen Wahlperiode bereits große Investitionsvorhaben für den Kulturstandort Dortmund auf Weg gebracht wurden.

„Wir sind nicht bereit, die Planungen für einen Neubau des Schauspielhauses voranzutreiben und damit perspektivisch Baukosten in Höhe von mindestens 114 Mio. Euro bereitzustellen. Dies bedeutet nicht das Ende des Schauspiels. Die Zukunft der Schauspiel-Sparte hängt nicht am Schauspielhaus. Das Schauspiel wird mit Blick auf die Neugestaltung der Jungen Bühne ohnehin in den nächsten Spielzeiten in eine Interimsspielstätte umziehen müssen. Dies hat auch schon in der Vergangenheit erfolg-

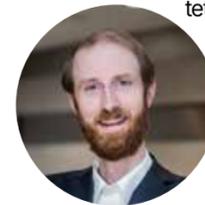
reich funktioniert. Angesichts knapper Kassen könnte es für eine dauerhafte Lösung eine Überlegung sein, dem Schauspiel in der Jungen Bühne eine neue Spielstätte zu geben“, erklärt die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion **Ute Mais**.

„Leider haben sich in den letzten Jahren die finanziellen Vorzeichen dramatisch verschlechtert. Wenn wir nicht gegensteuern, bekommen wir die Enden des städtischen Haushalts nicht mehr zusammen und laufen sehenden Auges in die Haushaltssicherung. Für uns ist es auch nicht seriös, im Bund ein 500 Mrd. Euro umfassendes Sondervermögen zu errichten, um insbesondere auch der maroden Infrastruktur in den Kommunen auf die Beine zu helfen, aber vor Ort trotz klammer Kassen horrend viel Geld für einen Theaterneubau zu verplanen, der am Ende nur ein relativ überschaubares Publikum erreicht. Die Auslastungszahlen des Schauspiels liegen aktuell nur bei 50%. Wir können die Haushaltsmittel der Stadt nur einmal ausgeben und müssen Prioritäten setzen. Wir müssen in Schulen, Kitas, Straßen, in das Klinikum, in Sport- und Kulturstätten und vieles andere mehr investieren. Für den Kulturbereich haben wir in dieser Wahlperiode mit dem Neubau der Jungen Bühne für das Kinder- und Jugendtheater, für die Junge Oper und das Junge Ballett sowie mit dem Neubau eines Zentraldepots für die Museen der Dortmunder Kulturbetriebe bereits Investitionen mit einem Volumen von fast 120 Mio. Euro auf

den Weg gebracht“, erläutert der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Sascha Mader** die Position der CDU.

Die CDU kritisiert, dass die Verwaltung, jede Aussage zu einem aktuellen Kostenrahmen für Abriss und Neubau des Schauspielhauses vermeidet und stattdessen lediglich auf die überholte Machbarkeitsstudie verweist. „Wir stellen uns vor diesem Hintergrund schon die Frage, ob sich der in 2026 aus dem Dienst ausscheidende SPD-Kämmerer und Kulturdezernent wirklich mit einem teuer erkauften Kulturgeschenk, das eine Hypothek für den städtischen Haushalt bedeutet, verabschieden möchte.

Maß und Mitte werden beim Umgang mit dem städtischen Haushalt zusehends über Bord geworfen, ohne an den richtigen Stellen im Interesse der Dortmunder Bürgerschaft Prioritäten zu setzen. Der Kauf des sanierungsreifen ehemaligen Versorgungsamtes an der Rheinischen Straße, der aufwendige Umbau des westfälischen Schulmuseums und nun der Neubau des Schauspielhauses sind Beispiele dafür, wie in unserer Stadt auf der einen Seite Hunderte von Millionen für nicht zwingend Notwendiges verplant werden, während es in unserer Stadt auf der anderen Seite die einsturzgefährdete Gilden-Europa-Grundschule gibt, die es traurigerweise bis in die 20.00-Uhr-Nachrichten der ‚Tagesschau‘ geschafft hat“, kritisiert der CDU-Fraktionsvorsitzende **Dr. Jendrik Suck** die Prioritätensetzung der Stadtspitze.



Weiterbau des Radschnellwegs Ruhr: Ja zum RS1 in der Sonnenstraße. Aber Verwaltung soll Lösungen suchen für wegfallende Parkplätze.

Bereits Ende vergangenen Jahres hat der Rat einen Planungsbeschluss für den Weiterbau des Radschnellwegs Ruhr (RS1) in der Sonnenstraße gefasst. Wir unterstützen das regionale Vorhaben für einen sicheren und komfortablen Radverkehr, fordern aber eine Lösung für die sich abzeichnenden Parkplatz-



probleme.

Bei kompletter Fertigstellung wird der RS1 die Städte im Ruhrgebiet über 101 Kilometer von Duisburg bis Hamm verbinden. Im Zuge der Realisierung des Radschnellwegs Ruhr sollen im geplanten Verlauf über die Sonnenstraße im Bereich zwischen der Lindemannstraße und der Ruhrallee nach heutigen Erkenntnissen allerdings ca. 243 öffentliche Parkplätze ersatzlos entfallen. Die Vorplanung verweist insoweit lediglich auf die Einrichtung von Bewohnerparkzonen.

„Die Ausweisung von Bewohnerparkzonen stellt keine Lösung für die sich abzeichnende Parkplatznot dar. Der Verwaltungsansatz wird nach unserer Auffassung dem ohnehin schon hohen Parkdruck in diesem Bereich an dem sich Klinik-, Saarlandstraßen- und Kreuzviertel schneiden, in dem Menschen wohnen, arbeiten, Handel treiben, Dienstleistungen



Foto: CDU-Ratsfraktion

anbieten oder auch ihre Freizeit gestalten wollen, in dem der Campus Sonnenstraße der FH beheimatet ist und in dessen unmittelbarer Nachbarschaft sich mehrere Kliniken befinden, in keiner Weise gerecht“, beschreibt der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Reinhard Frank** das vorhersehbare Parkplatzproblem. „Deshalb“, so **Frank** weiter, „haben wir durchgesetzt, dass die Verwaltung im Zuge der weiteren Planungen für den RS1-Abschnitt von der Arneckestraße bis zur Ruhrallee prüft, mit welchen Maßnahmen der sich nach dem Ergebnis der Vorplanung abzeichnende ersatzlose Wegfall von dringend benötigtem Parkraum reduzieren und kompensieren lässt. Mögliche Lösungen sind den zuständigen Fachausschüssen und dem Rat der Stadt Dortmund zur Beauftragung einer Weiterverfolgung vor den Sommerferien vorzulegen.“

Beitragserlass bei Betreuungsausfällen in Kitas? – Wir wollen eine Lösung.



Foto: iStock.com/CalypsaArt

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund setzt sich für eine gerechtere Regelung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung ein. Angesichts zunehmender Personalengpässe in Kindertageseinrichtungen, die immer häufiger zu Einschränkungen oder Ausfällen der Betreuung führen, hatte die CDU-Fraktion in einem ersten Schritt eine Anfrage an die Stadtverwaltung gestellt, um zu klären, unter welchen Bedingungen Elternbeiträge bei Betreuungsausfällen in Kindergärten erlassen werden können und welche finanziellen Auswirkungen dies hätte. Derzeit sind Eltern in Dortmund auch dann verpflichtet, ihre Beiträge zu zahlen, wenn die vereinbarte Betreuung nicht oder nur eingeschränkt stattfindet. Eine Rückerstattung ist laut der städtischen Elternbeitragsatzung bislang nur bei Streiks vorgesehen, die mehr als drei Tage andauern. Die CDU-Fraktion hält diese Regelung für ungerecht und möchte eine Entlastung der Familien erreichen. In ihrer Stellungnahme beziffert die Verwaltung die Höhe

der voraussichtlich zu erstattenden Beiträge auf rund 365.000 Euro.

Hierzu **Christian Barrenbrügge**, familienpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Eltern sollten nicht für Dienstleistungen, also hier Betreuungsleistungen, zahlen müssen, die nicht erbracht werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Familien bei Ausfällen oder Einschränkungen der Betreuung auf den Kosten sitzen bleiben. Der



Betreuungsvertrag begründet bei Eltern zu Recht die Erwartungshaltung einer verlässlichen Kinderbetreuung. Andere Städte, wie Münster, zeigen, dass es auch anders geht.“

„Unser Ziel ist ein fairer Beitragserlass bei erheblichen Betreuungsausfällen. So wäre es aus unserer Sicht denkbar, den Elternbeitrag für einen Monat pauschal zu erlassen, wenn eine Einschränkung von mindestens zehn Tagen innerhalb eines Kindergartenjahres vorliegt. Bei Betreuungsausfällen von in Summe mehr als 30 Tagen könnte ein zweimonatiger Erlass in Betracht gezogen werden. Wir werden versuchen, die anderen Fraktionen für die notwendige Änderung der Elternbeitragsatzung der Stadt Dortmund zu gewinnen“, kündigt **Barrenbrügge** an.

Ratsmehrheit beschließt Tempo 30 auf weiteren wichtigen Dortmunder Hauptstraßen - CDU-Antrag für Tempo 40 wird abgelehnt



Foto: CDU-Ratsfraktion

Der Rat der Stadt Dortmund hat in seiner Sitzung am 13. Februar 2025 den aktuellen Lärmaktionsplan der Stadt Dortmund beschlossen. Nach der EU-Umgebungslärmrichtlinie, die mit dem 6. Teil des Bundesimmissionsschutzgesetzes zur „Lärminderungsplanung“ in deutsches Recht umgesetzt wurde, sind Ballungsräume dazu verpflichtet, im 5-jährigen Turnus Lärmkartierungen durchzuführen und darauf aufbauend Lärmaktionspläne mit konkreten Maßnahmen zur Lärminderung zu erstellen. In der Ratssitzung am 22. Mai 2025 ging es in diesem Zusammenhang um die Zustimmung zu dem von der Verwaltung erarbeiteten Geschwindigkeitskonzept für das Dortmunder

Straßennetz. Durch die Reduzierung auf Tempo 30 oder Tempo 40 soll der der Umgebungslärm an Hauptverkehrsstraßen gedrosselt werden soll. Weil wir befürchten, dass die Flüssigkeit des Straßenverkehrs unter einer flächendeckenden Einführung von Tempo 30 auf zentralen Verkehrsachsen leiden würde, konnten wir dem Geschwindigkeitskonzept nicht in allen Punkten zustimmen. Unserem Vorschlag, auf den Hauptverkehrsadern den Verkehr nicht radikal auf Tempo 30 auszubremsen, sondern den Straßenlärm durch eine Begrenzung der Geschwindigkeit auf Tempo 40 zu reduzieren, hat sich die Ratsmehrheit verschlossen.

Dazu **Reinhard Frank**, verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion: „Es steht außer Frage, dass der Straßenverkehr in bestimmten Bereichen die Hauptlärmquelle in unserer Stadt ist. Im Wesentlichen gibt es drei Möglichkeiten dagegen anzugehen und die Lärmsituation zu verbessern: Durch den Einsatz von Flüsterasphalt bei Straßensanierungen. Durch passiven Schallschutz über den geförderten Einbau von Schallschutzfenstern. Oder drittens: Durch Geschwindigkeitsreduzierungen. Dazu lag uns jetzt ein umfassendes Geschwindigkeitskonzept für das Dortmund Straßennetz vor. Darin werden über 40 Straßenabschnitte auf Hauptverkehrsstraßen definiert, auf denen entweder eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 oder auf Tempo 40 gelten soll. Wir haben uns mit den vorgeschlagenen Geschwindigkeitsreduzierungen kritisch auseinandergesetzt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir nicht allen vorgeschlagenen Maßnahmen zustimmen können. Dies hatten wir uns bei der Beschlussfassung des Lärmaktionsplanes ausdrücklich vorbehalten.“



Deshalb haben wir im zuständigen Fachausschuss, im Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün (AMIG), einen Antrag gestellt, mit dem wir eine Änderung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Geschwindigkeitsregelungen auf sechs zentralen Straßenabschnitten erreichen wollten.“

Konkret haben wir Tempo 40 statt der von der Verwaltung vorgeschlagenen Tempo 30 auf folgenden Streckenabschnitten vorgeschlagen:

- Hoher Wall (ganztäglich)
- Heiliger Weg zwischen Märkischer Straße und Kaiserstraße (ganztäglich)
- Hohe Straße zwischen Wallring und 50 Meter südlich der Hopfenstraße (6–24 Uhr)
- Märkische Straße zwischen B1 und Kupperstraße (6–24 Uhr)
- Möllerstraße/Lindemannstraße zwischen Rheinischer Straße und Wittekindstraße (6–24 Uhr)
- Rheinische Straße 12–108 zwischen Wallring und Paulinenstraße (6–24 Uhr).

„Unser Antrag fand leider keine Mehrheit, da die anderen Fraktionen eine Tempo-30-Regelung auf den genannten Straßen befürworteten. Im Rat haben wir ausdrücklich zu Protokoll gegeben, dass wir die von der Ratsmehrheit gewollte Temporeduzierung auf 30 km/h auf den genannten zentralen Straßenabschnitten im Interesse des Verkehrsflusses ablehnen. Die von uns favorisierte Reduzierung der Geschwindigkeit auf Tempo 40 wäre allen Zielsetzungen gleichermaßen gerecht geworden: Spürbare Lärminderung, verbesserte Verkehrssicherheit und weiterhin gewährleistetem Verkehrsfluss“, bedauert **Frank**, dass sich die anderen Fraktionen der Sichtweise der CDU-Fraktion nicht anschließen wollten.

Ein kleiner Rückblick auf die Arbeit der Fraktion in dieser Wahlperiode:

Nach bald fünf Jahren intensiver Fraktionsarbeit, deren Antrieb es war und bleibt, Leben, Arbeiten und Wirtschaften in unserer Stadt zu verbessern, möchten wir an dieser Stelle einen skizzenhaften Rückblick auf das Engagement unserer Fraktion halten. Vieles konnten wir seit der letzten Kommunalwahl bewegen, es gibt aber auch Themen, für die wir uns eingesetzt haben, bei denen wir aber durch andere ausgebremst wurden:

Einen umfassenden Überblick zu Initiativen, Anträgen und Anfragen unserer Ratsfraktion in den Jahren 2020 bis 2025 erhalten interessierte Leserinnen und Leser auf den Internetseiten der CDU-Ratsfraktion.



www.cdu-fraktion-dortmund.de

Mehr Raum zur wirtschaftlichen Entfaltung!

Eine starke Dortmunder Wirtschaft ist das Fundament für Wohlstand und Arbeit in unserer Stadt.

- Aus diesem Grund haben wir den Druck beim Thema „**Wirtschaftsflächen**“ immer hoch gehalten. Es führt kein Weg daran vorbei, neue gewerbliche Flächen zu erschließen, wenn die Wirtschaftsentwicklung in unserer Stadt nicht wegen nicht vorhandener Wirtschaftsflächen für die Ansiedlung oder Erweiterung von Unternehmen ins Stoppen geraten soll. In der Diskussion zur zukünftigen Wirtschaftsflächenstrategie für unsere Stadt haben wir unseren Standpunkt stets deutlich gemacht: Kostbarer Freiraum ist möglichst zu schonen. Vorrangig ist die Verdichtung vorhandener Gewerbegebiete sowie die Reaktivierung von Gewerbe- und Industriebrachen sowie die Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete in der Region.



Foto: CDU-Ratsfraktion

- Wir haben dafür gesorgt, dass sich die Stadt ein besonderes Vorkaufsrecht an der Fläche der ehemaligen **Großkokerei Kaiserstuhl** auf dem Westfalenhüttenareal gesichert hat, um dort perspektivisch ein Gewerbe- und Industriegebiet zu entwickeln.
- Wir haben das Land aufgefordert, über die Ruhr-Konferenz ein Förderprogramm aufzulegen, das die Kommunen im Ruhrgebiet dabei unterstützt, **brachliegende Wirtschaftsflächen** neu und nachhaltig zu entwickeln.
- Wir haben uns für den **Schutz vorhandener Gewerbeflächen in der Speicherstraße** eingesetzt, als es darum ging, dort nach dem Scheitern des Smart-Rhino-Projekts die

Dortmunder Fachhochschule anzusiedeln. Diese vom Oberbürgermeister aufgebrachte und von ihm lange Zeit verfolgte Idee haben wir von Anfang an abgelehnt. Uns geht es darum, den Hafen als das größte zusammenhängende Industrie- und Gewerbegebiet in Dortmund zu sichern und zu stärken. Das Hafenviertel rund um die Speicherstraße soll sich nach den langjährigen Plänen zu einem modernen Standort für Digital- und Kreativwirtschaft entwickeln. Die vom Oberbürgermeister nach dem Platzen von Smart Rhino verfolgte FH-Ansiedlung in diesem Bereich hätte nicht nur wertvolle Gewerbeflächen verschenkt, sondern auch die Perspektive auf viele neue Arbeitsplätze verbaut.



Foto: CDU-Ratsfraktion

- Zur Entlastung der Wirtschaft von überbordendem bürokratischem Aufwand haben wir die Verwaltung beauftragt, ein kommunales **Bürokratieabbauprogramm** zu entwickeln, das darauf abzielt, verwaltungsweit Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Neue kommunale bürokratische Pflichten und Erschwernisse, wie zum Beispiel die Anwendung eines „Klimafaktors“ bei städtischen Bauvergaben, haben wir stets abgelehnt.
- Wirtschaftsförderung bedeutet auch, im harten Standortwettbewerb mit anderen Städten die Stärken der Stadt Dortmund besser herauszuarbeiten und zu vermarkten. Deshalb hatten wir gefordert, die Vermarktung, den Imageaufbau und die Profilschärfung unserer Stadt durch ein **Stadtmarketing aus einer Hand** zu stärken. Mit dem neu geschaffenen „Amt für Marketing und Stadtkommunikation“ sehen wir die Stadt auf einem guten Weg zu einem Stadtmarketing aus einem Guss, wodurch das Image Dortmunds sichtbar gestärkt und die Attraktivität unserer Stadt nach außen getragen werden wird.

Das Klima in der Stadt bessert sich!



Foto: iStock.com/LuPa Creative

- Wir haben die Klimaziele der Stadt korrigiert und ambitioniertere Anstrengungen durchgesetzt als von der Verwaltung geplant. Wir haben das Ziel vorgegeben, dass Dortmund die **Klimaneutralität** bereits im Jahr 2035 erreicht. 10 Jahre früher als von

der Verwaltung anvisiert. Wir haben dafür gesorgt, dass das Handlungsprogramm Klima-Luft und die darin beschriebenen Maßnahmen auf dieses Ziel ausgerichtet werden.

- Wir haben den **Umbau Dortmunds zur Schwammstadt** zum Thema gemacht und treiben diesen entschlossen voran. Damit stärken wir nicht nur den Hochwasser- und Überflutungsschutz, sondern auch das Mikroklima unserer Stadt.
- Wir haben **Förderprogramme** für Photovoltaikanlagen, Dachbegrünung, energetische Sanierung, Geothermie und Flächenentsiegelung aufgelegt und führen diese fort.



Foto: CDU-Ratsfraktion

- Wir haben ein **ökologisches Waldkonzept** erarbeitet, das die Klimaresilienz unseres Stadtwaldes stärkt.

Mobilität kommt in Bewegung!

In den letzten Jahren haben wir viel unternommen, um die Mobilität in unserer Stadt modern und zukunftsgerecht weiterzuentwickeln, um Alternativen zum Auto attraktiv zu machen und Menschen dadurch zum Umsteigen zu bewegen. Verhindert haben wir eine einseitige Politik gegen das Auto, gegen den motorisierten Individualverkehr.

- Wir haben uns dafür eingesetzt und uns damit durchgesetzt, dass ein Teil der Erlöse aus dem STEAG-Verkauf für eine spürbare Verbesserung des **ÖPNV-Angebotes** verwendet wird.



Foto: CDU-Ratsfraktion

- Die von uns schon in den Beratungen zum städtischen Haushalt für das Jahr 2022 geforderte innerstädtische „Ringbus-InnovationsLinie 400“ zur Dortmunder City wird realisiert, genauso wie eine Taktverdichtung auf zentralen Stadtbahnabschnitten und die Ausweitung des nächtlichen ÖPNV-Angebots. Die neue Ringbuslinie wird attraktive Querverbindungen zum Stadtbahnnetz schaffen und in Kombination mit Taktverdichtungen und dem Ausbau der Nachtangebote die Erreichbarkeit der City mit dem ÖPNV stärken und so bei weniger Verkehrsaufkommen für mehr Mobilität in unserer Stadt sorgen.

- Die Entwicklungen im Bereich ÖPNV könnten weiter sein, nicht alles ist in der von uns gewünschten „Bewegung“: So hat die Verwaltung bis heute kein ganzheitliches ÖPNV-Konzept vorgelegt.

- 70% der Straßen befinden sich in einem schlechten Zustand. Damit die Mobilität auf Straßen und Wegen nicht ins Stocken gerät, haben wir vehement darauf gedrängt, dass die Verwaltung ein Programm für eine „Straßenoffensive“ zur Instandhaltung unserer Straßeninfrastruktur vorlegt. Um die Verkehrssicherheit dauerhaft sicherzustellen, darf man nicht wie in der Vergangenheit immer nur akut Löcher füllen und Flickenteppiche erzeugen. Wir haben durchgesetzt, dass nicht nur Straßen in Wohngebieten erneuert werden, sondern ebenso in allen Teilen der Stadt auch Hauptverkehrsstraßen saniert werden.



Foto: iStock.com/blyjak

- Wir haben uns für einen **qualitativen Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur** eingesetzt. 9 Velourouten zwischen den Stadtbezirken und der City, vorrangig über Nebenstraßen, werden den Radverkehr sicherer machen und das Fundament eines attraktiven Radwegenetzes für einen gut und sicher rollenden Radverkehr in unserer Stadt bilden.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Mehr Dampf beim kommunalen Wohnungsbau!

Wir haben den kommunalen Wohnungsbau grundsätzlich auf ein neues Gleis gesetzt.

- Mit unserer Initiative für ein Konzept zur **Intensivierung der kommunalen Bautätigkeit** durch ein Zusammenwirken von DOGEWO21 als kommunalem Wohnungsunternehmen, der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft DSG und dem städtischen Sondervermögen Grundstücks- und Vermögensverwaltungsfonds Dortmund haben wir den entscheidenden Impuls zur „Neuausrichtung und Weiterentwicklung der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft mbH“ zur kommunalen Wohnungsbau-gesellschaft gegeben. Was uns bislang fehlt, ist eine vernünftige Einbindung der DOGEWO21. So läuft es derzeit in der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft mit dem Wohnungsbau noch nicht richtig rund.

Ein kleiner Rückblick auf die Arbeit der Fraktion in dieser Wahlperiode:



Foto: iStock.com/acilo

- Wir haben die Verwaltung beauftragt, ein **Wohnbauprogramm für junge Familien** zu erstellen und damit den städtischen Blick auf eine Bevölkerungsgruppe gerichtet, die es auf dem Wohnungsmarkt in Dortmund schwer hat. Leider hat sich die Verwaltung hier, wie auch bei anderen familienfördernden Maßnahmen, mit der Umsetzung bislang schwergetan.



Foto: iStock.com/Brasil2

- Zur Förderung neuen Wohnraums ohne Flächenfraß haben wir Haushaltsmittel für die Umsetzung eines **Förderprogramms zum Dachgeschossausbau** zur Verfügung gestellt.

Dortmund wird immer smarter!



Foto: iStock.com/jpopba

Mit dem Ziel, dass Dortmund im Jahr 2025 zu den digitalsten und smartesten Städten Deutschlands zählt, haben wir das „**Memo­randum zur Digitalisierung 2020 – 2025**“, die Digitalisierungsstrategie für Dortmund initiiert. Der dadurch in Gang gesetzte Prozess ist zu dem von uns beabsichtigten Motor und Steuerungsinstrument der Digitalisierungsschritte in unserer Stadt geworden. Dortmund ist auf dem Weg zur Smart City ein gutes Stück vorangekommen.



Foto: iStock.com/aislan13

Auch die Digitalisierung der Verwaltung selbst hat dadurch an Fahrt gewonnen. Zukünftig wird es bei der Stadt Dortmund „**virtuelle Bürgerbüros**“ geben. Dafür haben wir gesorgt. Damit ermöglichen wir es den Einwohnerinnen und Einwohnern unserer Stadt, ausgewählte Behördengänge künftig mittels Videokonferenz „virtuell“ bequem von zu Hause aus zu erledigen. Wir erleichtern Behördengänge und gestalten sie für alle Beteiligten effizienter und ökonomischer.

Stiefmütterliche Behandlung der City beendet!

Viel zu lange wurde die Weiterentwicklung der Dortmunder City vernachlässigt. Wir arbeiten dafür, dass die City wieder mehr ist als „nur“ ein Ort des Einkaufens, an dem mit Geschäftsabschluss die Lichter ausgehen.



Foto: CDU-Ratsfraktion

- So haben wir uns für ein ganzheitliches **Citymanagement** aus einer Hand starkgemacht, das den Umbau der City zu lebendigen und attraktiven Quartieren für Wohnen, Handel, Gewerbe, Bildung, Kultur und Freizeit vorantreiben wird.
- Wir freuen uns, dass die **Technische Universität Dortmund (TU)** in das Hansa Carré auf Flächen des ehemaligen Karstadt-Sporthauses einziehen wird. Schon bei der zweiten Galeria Karstadt Kaufhof-Insolvenz 2022 haben wir uns dafür ausgesprochen, dass Karstadt sich von einem Teil der Flächen trennt und diese auf andere Art genutzt werden.



Foto: CDU-Ratsfraktion

- Wir haben dazu aufgefordert, für die Dortmunder City neben bewährten Veranstaltungsformaten zugleich nach neuen, **innovativen Eventformaten** zu suchen, sie zu erproben und damit insbesondere „vergessene Plätze“ der Innenstadt zum Leben zu erwecken. Daraus resultieren Formate wie der Feierabendmarkt, Kultureinlagen im Stadtgarten oder das Urban-Culture-Festival „Dortmund Urban“.
- Wir haben uns für die **Junge Bühne** zur Abrundung des Bühnenviertels am Wall eingesetzt und immer wieder auf die Tagesordnung gebracht.



Foto: CDU-Ratsfraktion

- Wir haben einen **Museumsentwicklungsplan** gefordert, der sich auch mit unserer Idee einer Dortmunder Museumsmeile in der City auseinandersetzt.
- Positiv ausstrahlen auf die Cityentwicklung wird die von uns vorangetriebene **Ball­sportarena im Unionviertel**: Eine moderne und gut ausgestattete Ballsporthalle für Sport auf höchstem Niveau ist seit vielen Jahren ein Anliegen unserer Sportpolitik. Mit dem Bau einer neuen Vierfachsporthalle mit einer Zuschauertribüne für 3.250 Menschen am Standort Unionstraße/Übelgönne schließen wir endlich eine Lücke in der Sportinfrastruktur unserer Stadt und geben Ballsportarten wie Handball, Volleyball oder Basketball in einer modernen bundesligatauglichen und für Spitzenwettkämpfe geeigneten Sportstätte eine Heimat. Einer Baugenehmigung steht nach Schaffung des notwendigen Planrechts im gerade noch laufenden Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans hoffentlich nichts mehr im Weg. Einen Baubeschluss soll der Rat in seiner Sitzung am 3. Juli 2025 fassen. Genutzt werden soll die Halle, die 2029 fertiggestellt sein könnte, auch von den zwei benachbarten Berufskollegs, dem Robert-Schuman- und dem Robert-Bosch Berufskolleg.

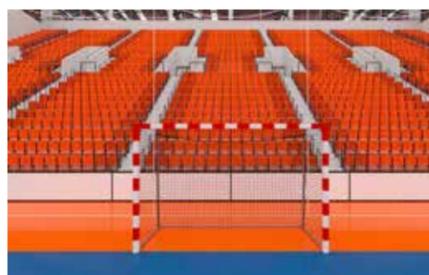


Foto: iStock.com/Danilo_Vuletic

Leider ein Dauerthema: Sicherheit und Ordnung für ein gutes Zusammenleben

- Mit dem von uns auf den Weg gebrachten **Aktionsplan zur Beseitigung von Angsträumen** in der City stärken wir das Sicherheitsgefühl der Menschen.



Foto: CDU-Ratsfraktion

- Wir haben eine **Null-Toleranz-Strategie** gegen die offene Drogenszene in der City durchgesetzt. Wir haben gefordert, den Drogenkonsumraum aus dem Herzen unserer Stadt zu verlagern und weitere dezentrale Drogenkonsumorte einzurichten, um die offene Drogenszene von den Fußgängerzonen, Straßen und Plätzen in Hilfseinrichtungen zu lenken.
- Wir haben für eine bessere Aufstellung und Ausstattung des **Kommunalen Ordnungsdienstes** gesorgt und 22 zusätzliche Stellen eingerichtet.
- Wir sind es, die sich für ein sauberes und attraktives Erscheinungsbild der City anstrengen und u. a. die regelmäßige **Grundreinigung der Dortmunder Innenstadt** durch die EDG durchgesetzt haben.
- Der im Jahr 2020 als zweijähriges Pilotprojekt mit vier befristeten Stellen gestartete sog. „**Ermittlungsdienst Abfall (EDA)**“ im Kampf gegen Umweltsünder, die illegal Müll im öffentlichen Raum ablagern, wird auf unsere Initiative auf Dauer fortgeführt. Durchgesetzt haben wir auch eine deutliche personelle Aufstockung, damit der EDA stadtweit Wirkung zeigen kann.



Foto: iStock.com/lizzy71

Familienfreundliches Dortmund

Unser Anliegen ist es, Dortmund familienfreundlicher zu machen. Für alle Familien! Während für andere Fraktionen Familienpolitik da aufhört, wo ein bestimmtes Haushaltseinkommen überschritten wird, haben wir uns einkommensunabhängig für Familien starkgemacht. Die Konzentration allein auf einkommensschwache Familien ist uns zu eng. Sicherlich können starke Schultern mehr tragen, aber auch diese können nicht alles schultern, gerade, wenn es um die Wünsche und Bedarfe von Kindern geht.



Foto: iStock.com/Halfpoint

- Deshalb haben wir uns beispielsweise gegen die von anderen Fraktionen erwirkte Ausweitung der Beitragsbefreiung unterer Einkommensgruppen von Elternbeiträgen zur Kinderbetreuung gestemmt. Für uns hat es nichts mehr mit einer sozialen Staffelung der **Elternbeiträge** zu tun, wenn die Beitragsbefreiung unterer

Ein kleiner Rückblick auf die Arbeit der Fraktion in dieser Wahlperiode:

Einkommensgruppen bis 42.000 Euro durch teils erhebliche Beitragserhöhungen für die ohnehin schon stark belasteten Mittelstandsfamilien aufgefangen werden soll.



Foto: iStock.com/Yana Tatevosian

- Seit dem Jahr 2021 kämpfen wir für die Einführung einer **einkommensunabhängigen Familienkarte**, wie es sie zum Beispiel in Düsseldorf gibt, die Familien vielfältige Vorteile und Vergünstigungen bringt, das Familienbudget entlastet und Dortmund für Familien lebenswert und erschwinglich macht. Das von uns geforderte und 2021 beschlossene Konzept zur Einführung einer Dortmunder Familienkarte liegt bis heute nicht vor. Stattdessen haben seit Kurzem einkommensschwache Familien einen Anspruch auf die Dortmund-Karte mit einem recht überschaubaren Angebot an Ermäßigungen.
- Der auf unsere Initiative zustande gekommene Ratsbeschluss für ein Wohnbauprogramm, das **Wohnraum gezielt für junge Familien** schafft, die es am Wohnungsmarkt besonders schwer haben, ist bis heute nicht umgesetzt.

Gesellschaftlichen Zusammenhalt wahren, niemanden zurücklassen, niemanden allein lassen!

- Die Corona-Pandemie, die Energiekrise, die allgemeine Teuerung, aber auch gestiegene Personalkosten haben die soziale Infrastruktur unserer Stadt und Druck gesetzt. In Anerkennung der Bedeutung der sozialen Dienstleistungen der freien Wohlfahrtspflege für den sozialen Zusammenhalt und die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen am Leben in unserer Stadt, haben wir die Wohlfahrtsverbände und unterschiedlichste Einrichtungen und Angebote der sozialen Arbeit im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten mit Mitteln aus dem städtischen Haushalt unterstützt.



Foto: iStock.com/Delmaine Donson

- Unsere Hartnäckigkeit beim Thema **Einsamkeit und sozialer Isolation** hat sich ausgezahlt. Seit Ende 2019 haben

wir die Einrichtung einer städtischen Anlaufstelle für einsame Menschen gefordert. Niemand soll sich einsam fühlen. Jeder soll am gesellschaftlichen Leben teilhaben und den Zusammenhalt unserer Stadt erfahren. Leider musste bei anderen Fraktionen und der Verwaltung erst die Erkenntnis reifen, dass Einsamkeit eine der größten unterschätzten und wachsenden Herausforderungen unserer Zeit ist. Seit November 2023 gibt es bei der Stadt Dortmund die zentrale Koordinierungsstelle Einsamkeit. Ziel dieser auf unsere Initiative vom Rat beschlossenen Stelle ist es, Einsamkeit in Dortmund vorzubeugen, für das Thema Einsamkeit zu sensibilisieren, eine gesamtstädtische Strategie zu entwickeln und sozialer Isolation mit geeigneten Projekten und Maßnahmen entgegenzuwirken.



Foto: iStock.com/Fokusiert

- Es brauchte fast über zwei Jahre und bedurfte eines ständigen politischen Drucks von unserer Seite, bis die Verwaltung zur Bewältigung der Obdachlosigkeit in unserer Stadt das von uns geforderte Konzept für einen Modellversuch „**Housing First**“ vorgelegt hat. Gemeinsam mit anderen Fraktionen hatten wir die Verwaltung im Jahr 2021 beauftragt, das Dortmunder System der Wohnungslosenhilfe um den Ansatz „Housing First“ zu ergänzen. Bei diesem werden wohnungslose Menschen direkt in dauerhaftem Wohnraum untergebracht, ohne – wie in der Regel üblich – in einem gestuften Verfahren vorher ihre Wohnfähigkeit nachweisen zu müssen. Über die eigene, geschützte Wohnung sollen dann mit entsprechenden wohnbegleitenden, individuellen Hilfsangeboten die Probleme gelöst werden, die zur Wohnungslosigkeit geführt haben.



Foto: iStock.com/Paul Bradbury

- Im August 2020 haben wir gegen heftigen Widerstand der SPD einen Beschluss zur Einführung sogenannter „**Frauen-Nacht-Taxis**“ durchgesetzt. Die Verwaltung wurde auf der Grundlage unserer Antragsinitiative mit der Erstellung eines städtisch geförderten Gutscheinsystems beauftragt, das es Frauen ermöglicht, nachts sicher und kostengünstig mit dem Taxi nach Hause zu fahren. Mit Sachstandsfragen haben wir die Verwaltung immer wieder dazu

antreiben müssen, dem Auftrag des Rates nachzukommen. Im Dezember 2024 hat die Verwaltung endlich ein Konzept für eine testweise Einführung von Frauen-Nacht-Taxi-Gutscheinen im Wert von jeweils 8 Euro vorgelegt, dessen Umsetzung der Rat beschlossen hat.



Foto: iStock.com/mbbirdy

Bestmögliche medizinische Versorgung am Klinikum Dortmund!

Wir haben uns um die gesundheitliche Daseinsvorsorge für die Menschen in Dortmund gekümmert. Zur Sicherstellung medizinischer Exzellenz und bestmöglicher Versorgung haben wir in den letzten Jahren politische Mehrheiten organisiert für die Unterstützung des Klinikums Dortmund mit Investitionszuschüssen aus dem städtischen Haushalt in einer Gesamthöhe von 72 Mio. Euro. Damit versetzen wir das kommunale Krankenhaus, das ein Haus der Maximalversorgung ist, in die Lage, notwendige Bauvorhaben, wie zum Beispiel den Neubau der Kinderklinik oder den Bau eines ambulanten OP-Zentrums, zu realisieren, aber auch in moderne Medizintechnik zu investieren, wie z. B. in die Anschaffung eines PET-CT zur besseren Krebsdiagnostik.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Spielräume für Zukunftsgestaltung geschützt!

In den letzten Haushaltsberatungen haben wir stets die unpopuläre Rolle des Wächters der Finanzen eingenommen. Wir haben darauf geachtet, dass unsere kommunalen Handlungs- und Gestaltungsspielräume erhalten bleiben, wir haben den Haushalt zusammengehalten und dafür gesorgt, dass politische Begehren den Haushalt nicht zusätzlich belasten, sondern durch geeignete Maßnahmen kompensiert werden müssen. Während andere allein darauf ausgerichtet waren, Wohltaten zu verteilen, haben wir deutlich gemacht, dass das, was verteilt werden soll, zuvor auch erwirtschaftet werden muss und unsere Politik daran ausgerichtet.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Der von uns vor Jahren angestoßene Konsolidierungskurs, mit der Verpflichtung der Verwaltung, nachhaltige Einsparpotenziale zu erarbeiten, hat dazu beigetragen, **Haushaltsüberschüsse** zu erwirtschaften und für den städtischen Haushalt eine mit zwischenzeitlich mehr als 500 Mio. Euro gefüllte Ausgleichsrücklage aufzubauen. Diese kann nun in schwierigen Haushaltszeiten zur Deckung von Haushaltsdefiziten herangezogen werden. Dadurch ist es möglich gewesen, auch für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 einen formal ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, ohne dass die Arnsberger Bezirksregierung in unsere Geschicke hineinregiert.

Die **STEAG-Beteiligung** haben wir erfolgreich mit einem Gewinn von mehr als 250 Mio. Euro verkauft.

Wir haben uns zur Stärkung von Effizienz und Effektivität des Verwaltungshandelns für eine **Neuausrichtung des städtischen Rechnungsprüfungsamtes** eingesetzt.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Die Personalausstattung der Verwaltung ist durch uns effizienter geworden. Wir haben dem ungebremssten Personalwachstum mit einem **Stellendeckel** einen Riegel vorgeschoben. Für die Einrichtung neuer Planstellen konnten wir eine jährliche Obergrenze festlegen und so die Verwaltung dazu bringen, ihre Stellenbedarfe zu priorisieren und längere Zeit unbesetzte Stellen zur Deckung von Stellenmehrbedarfen heranzuziehen.

Wir stehen vor gewaltigen Zukunftsaufgaben und damit verbundenen Investitionen, die sich nicht allein aus dem städtischen Haushalt finanzieren lassen. Zur Stärkung unserer Investitionskraft sind wir auf Fördermittel angewiesen. Die von uns erwirkte **Einrichtung eines stadtweiten, zentralen Fördermittelmanagements** soll helfen, Projekte effizienter umzusetzen, passende Zuschussprogramme zu ermitteln, zu beantragen und zu koordinieren und das Fördermittelcontrolling zu verbessern.

Wir bleiben dran: Baustellen der Verwaltung

Es gibt etliche Baustellen, bei denen der Oberbürgermeister und die Verwaltung am Hebel sitzen und wir nur der berühmte „Stachel im Fleisch“ sein konnten, bei denen wir aber

Ein kleiner Rückblick auf die Arbeit der Fraktion in dieser Wahlperiode:

- dranbleiben werden: Dies gilt zum Beispiel
- für die Realisierung des vorerst gescheiterten Stadtentwicklungsprojekts „Smart Rhino“,
 - das Vorhalten eines ausreichenden Wirtschaftsflächenangebots,
 - die Umsetzung des Ratsbeschlusses für ein Wohnbauprogramm für (junge) Familien,

- die Verstärkung des kommunalen Wohnungsbaus,
- die Vorlage eines ganzheitlichen ÖPNV-Konzepts, oder auch
- die Einführung einer „Dortmunder Familienkarte“.

Die Rolle des Rates gestärkt!

Der Rat nimmt wieder die ihm nach der Gemeindeordnung zugedachte Rolle bei Führung und Verantwortung der kommunalen Geschicke wahr. Wir haben die Rolle des Rates, insbesondere auch im Verhältnis zum Oberbürgermeister, gestärkt.

Wir haben das „**Primat der Politik**“ wieder hergestellt:

- Der Rat trifft die Grundsatzentscheidungen,

nicht der Oberbürgermeister, nicht die Verwaltung, nicht die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften.

- So haben wir zum Beispiel für die Einrichtung des „Beirats der Kommunalwirtschaft“ gesorgt. In diesem Ratsgremium werden strategisch bedeutsame Angelegenheiten aller städtischen Beteiligungsgesellschaften beraten und Richtungsentscheidungen vorbereitet, um – wie von der Gemeindeordnung gefordert – den Einfluss des Rates auf die kommunalen Unternehmen sicherzustellen und Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten zu gewährleisten.
- Damit Wohnen in unserer Stadt bezahlbar bleibt, haben wir die demokratischen Fraktionen des Rates auf eine gemeinsame Linie beim umstrittenen Thema **Grundsteuer** gebracht und die vom Oberbürgermeister und der Verwaltung eingebrachte Vorlage

zur einheitlichen Besteuerung von Wohn- und Nichtwohngrundstücken, durch die sich das Wohnen in unserer Stadt, egal ob Mieter oder Eigentümer, erheblich verteuert hätte, einkassiert. Stattdessen ist aus der Mitte des Rates die Grundsatzentscheidung für eine differenzierte Besteuerung von Wohn- und Geschäftsgrundstücken getroffen worden, damit Wohnraum nicht zu teuer wird.



Foto: CDU-Ratsfraktion



Foto: CDU-Ratsfraktion

Zweite Stufe für ein stadtweites Carsharing-Konzept wird gezündet



Foto: iStock.com/Sebastian Ohlig

Die CDU-Fraktion hat in der Ratssitzung am 22. Mai 2025 gemeinsam mit der Mehrheit der Ratsmitglieder die Umsetzung der zweiten Stufe für ein stadtweites Carsharing-Konzept beschlossen. „Damit setzt Dortmund den eingeschlagenen Weg fort, den innerstädtischen Verkehr nachhaltiger und innovativer zu gestalten“, erklärt der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Uwe Waßmann** und erläutert: „Seit dem Start der ersten Stufe im Jahr 2021 konnten wichtige Erfahrungen zur Einrichtung und zum Betrieb



von Carsharing-Stellplätzen im öffentlichen Raum gesammelt werden. Im Zuge des damaligen Einstiegskonzepts wurden zunächst zwölf Carsharing-Standorte in zentralen Stadtteilen wie der City, dem Kreuzviertel und Hörde eingerichtet, um den Parkdruck in dicht besiedelten Quartieren zu reduzieren.“

Bei der nun beschlossenen zweiten Stufe geht es um die flächendeckende Ausweitung des Carsharing-Angebots auf das gesamte Stadtgebiet. „Gleichzeitig wird die Verzahnung der Carsharing-Standorte mit der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge intensiviert, um auch die Elektromobilität zu fördern. Ziel ist auch, den Aufbau von Mobilstationen voranzutreiben,

an denen verschiedenste Mobilitätsangebote, wie Fahrrad, Auto, Bus und Bahn an einem Ort kombiniert werden und so den flexiblen und bequemen Umstieg zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln ermöglichen“, erklärt **Waßmann**.

Die Umsetzung und Ausschreibung des Konzepts beginnen nun unmittelbar. Die Einrichtung und Nutzung der Stellplätze sind ab dem ersten Quartal 2026 geplant. Die CDU-Fraktion unterstützt dieses Konzept, da Carsharing nicht nur einen Beitrag zu fortschrittlicher und innovativer Mobilität leistet, sondern auch die Lebensqualität in den Stadtteilen erhöht.

Bewerbung der Region Rhein-Ruhr für Olympische und Paralympische Spiele

Die Erzählung der Olympischen Sommerspiele in Paris mit ihrer großartigen Choreografie ist uns allen in Erinnerung geblieben. Wäre es nicht toll, die größten Sportveranstaltungen der Welt in die Region Rhein-Ruhr zu holen? Wir meinen: Ja! Deshalb haben wir der Verwaltung grünes Licht dafür gegeben, eine Bewerbung der Region Rhein-Ruhr positiv zu begleiten und vorzubereiten.

Sascha Mader, stellvertretender Vorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Zugleich haben wir im Rat deutlich gemacht, dass wir einen möglicherweise an Fahrt aufnehmenden Bewerbungsprozess kritisch begleiten werden. Bei allen positiven Effekten, die wir in einer Olympia-Bewerbung sehen, werden wir

darauf achten, dass wir uns nicht überfordern. Wir sehen in der Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele eine große Chance für Dortmund und die Region. Es geht nicht nur darum, sich der Welt zu präsentieren. Wir sind überzeugt, dass die Ausrichtung Olympischer Spiele sich als Katalysator für viele Themen, wie z. B. moderne, vernetzte Mobilität oder Digitalisierung, auswirken wird. Dortmund ist eine vielfältige Sportstadt. Olympische Spiele in unserer Region wären das i-Tüpfelchen!“

„Für die CDU gibt es aber auch eine rote Linie, an der wir das Stoppschild aufstellen würden“, erklärt Mader und führt aus: „Andere Bereiche, wie zum Beispiel der Kita-Ausbau oder der Bau und die Sanierung von Schulen dürfen nicht unter der Fokussierung auf die Ausrichtung Olympischer Spiele leiden.“



Foto: iStock.com/sergio_kumer

Erst einmal geht es aber um keinerlei finanzielle Verpflichtung. Bis zum 31. Mai 2025 musste die Region Rhein-Ruhr ihr Bewerbungskonzept

beim DOSB einreichen, der dieses dann rein sportfachlich bewerten wird.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

Sprechen Sie
uns bitte an:
0231 - 57 94 11
oder
mail@cdu-fraktion-dortmund.de



Thomas Bahr
Sprecher im Ausschuss für
Soziales, Arbeit und Gesundheit



Christian Barrenbrügge
Sprecher im Ausschuss für Kinder,
Jugend und Familie sowie im
Betriebsausschuss FABIDO
Stellv. Sprecher im Schulausschuss



Annette Becker
Stellv. Vorsitzende des Ausschusses
für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung,
Europa, Wissenschaft und
Forschung
Stellv. Sprecherin im Ausschuss für
Mobilität, Infrastruktur und Grün



André Buchloh



Emmanouil Daskalakis



Reinhard Frank
Mitglied des Fraktionsvorstandes
(Schatzmeister)
Sprecher im Ausschuss für Mobilität,
Infrastruktur und Grün
Stellv. Sprecher im Rechnungsprüfungs-
ausschuss



Dr. Eva-Maria Goll
Mitglied des Fraktionsvorstandes
(Beisitzerin)
Sprecherin im Schulausschuss



Dirk Hartleif
Stellv. Vorsitzender des Ausschusses
für Mobilität, Infrastruktur und Grün
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Kultur,
Sport und Freizeit



Thorsten Hoffmann
Mitglied des Fraktionsvorstandes
(Beisitzer)
Stellv. Sprecher im Ausschuss für
Bürgerdienste, öffentliche Ordnung,
Anregungen und Beschwerden



Sascha Mader
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender des Ausschusses für
Kultur, Sport und Freizeit
Sprecher im Ausschuss für Finanzen,
Beteiligungen und Liegenschaften
Stellv. Sprecher im Hauptausschuss
und Ältestenrat



Ute Mais
Bürgermeisterin
Mitglied des Fraktionsvorstandes
Sprecherin im Ausschuss für Kultur,
Sport und Freizeit
Stellv. Sprecherin im Ausschuss für
Kinder, Jugend und Familie sowie im
Betriebsausschuss FABIDO



Matthias Nienhoff
Sprecher für Digitalisierung im
Ausschuss für Personal, Organisation
und Digitalisierung
Stellv. Sprecher im Ausschuss für
Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung,
Europa, Wissenschaft und Forschung



Udo Reppin
Stellv. Vorsitzender des Rechnungs-
prüfungsausschusses
Sprecher im Ausschuss für Wirtschafts-,
Beschäftigungsförderung, Europa,
Wissenschaft und Forschung
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Finanzen,
Beteiligungen und Liegenschaften



Manfred Sauer
Sprecher im Rechnungsprüfungsausschuss



Dr. Jendrik Suck
Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender des Ausschusses für
Finanzen, Beteiligungen und
Liegenschaften
Sprecher im Hauptausschuss und
Ältestenrat



Michaela Uhlig
Stellv. Sprecherin im Ausschuss für
Soziales, Arbeit und Gesundheit



Lars Vogeler
Sprecher im Ausschuss für Personal,
Organisation und Digitalisierung



Uwe Wallrabe
Mitglied des Fraktionsvorstandes
(Beisitzer)
Sprecher im Ausschuss für Bürgerdienste,
öffentliche Ordnung, Anregungen und
Beschwerden



Uwe Waßmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher im Ausschuss für Klimaschutz,
Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Personal,
Organisation und Digitalisierung



Friedrich-Wilhelm Weber
Vorsitzender des Ausschusses für
Bürgerdienste, öffentliche Ordnung,
Anregungen und Beschwerden
Stellv. Sprecher im Ausschuss für
Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung
und Wohnen

Impressum

Herausgeber: CDU Fraktion im Rat der Stadt
Dortmund, Friedensplatz 1,
44135 Dortmund

V.i.S.d.P.: Ralf Binnberg
Geschäftsführer

Redaktion: Dr. Jendrik Suck (Leitung),
Ralf Binnberg, Reinhard Frank,
Susanne Lengner, Nils Sotmann,
Jutta Ziesmer

**Redaktions-
schluss:** 30. 05. 2025
Satz: schlecht gestaltet. Ute Schlecht
Druck: Deutsche Post Dialog Solutions GmbH

So erreichen Sie uns:

Friedensplatz 1,
44135 Dortmund

Mo. - Do.: 9.00 - 17.30 Uhr
Fr.: 9.00 - 14.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Telefon: 02 31 - 57 94 11

Internet: www.cdu-fraktion-dortmund.de

E-Mail: mail@cdu-fraktion-dortmund.de



www.cdu-fraktion-dortmund.de

cdufraktiondortmund

cdufraktiondortmund

cdufraktionDO